(8) Über den Umfang der Beangelung der Fischereigewässer der DDR und über das Verfahren für die Erteilung von Genehmigungen zur Ausübung des Angelsportes entscheidet das Fischereiaufsichtsamt in Abstimmung mit dem Präsidium des Deutschen Anglerverbandes.

(9) Die zur Ausübung des Angelsportes in den inneren Seegewässern benutzten Boote sind so zu verankern, daß ein Treiben über Grund ausgeschlossen ist.“

§ 4

Die Absätze 4 und 6 des § 25 erhalten folgende Fassung:

„(4) Das Fischereiaufsichtsamt der DDR erteilt an die Fangbetriebe Lizenzen, die die Höhe der Quoten für spezielle Fischarten, zu deren Abfischung die Fangbetriebe gemäß § 2 a Abs. 2 berechtigt sind, sowie weitere notwendige Festlegungen enthalten. Die Fangbetriebe haben monatlich die Höhe des Gesamtfanges sowie die Menge der mitgefangenen und nicht lebensfähigen untermaßigen Fische an das Fischereiaufsichtsamt zu melden. Die Meldung hat nach Arten getrennt über die zuständige Fischereiaufsichtsstelle zu erfolgen. Für die Einhaltung der Lizenzbestimmungen sowie der festgelegten Meldepflicht tragen die Leiter der Fangbetriebe die Verantwortung.“

(6) Der Leiter des Fischereiaufsichtsamtes ist befugt, zu den in den §§ 8, 9, 12, 13, 14 Abs. 3 und 18 Absätze 1, 5 und 6 enthaltenen Regelungen auf Antrag Ausnahmen befristet zuzulassen. Die Anträge müssen insbesondere Angaben über Grund, Art und Weise und Zeitraum der Abweichungen zu den genannten Regelungen sowie die vorgesehenen Maßnahmen, die den Schutz der lebenden Ressourcen unter den abweichenden Bedingungen gewährleisten, enthalten. Die Ausnahme genehmigungen sind schriftlich zu erteilen und können jederzeit durch den Leiter des Fischereiaufsichtsamtes widerrufen werden.“

§ 5

Der § 25 wird um folgenden Abs. 7 ergänzt:

„(7) Die Mitarbeiter des Fischereiaufsichtsamtes sind befugt, Einsicht in Genehmigungen und Dokumente über die Ausübung des Fischfanges zu nehmen sowie Wasserfahrzeuge und eingefriedete Grundstücke und Gebäude, in denen sich ständige Fangvorrichtungen befinden oder von denen aus der Fischfang oder der Angelsport ausgeübt wird, zu betreten. Bei Verstößen gegen diese Anordnung kann zur Feststellung der Personalien in den Personalausweis eingesehen werden.“

§ 6

Der § 27 erhält folgende Fassung:

„§ 27

(1) Mit Verweis oder Ordnungsstrafe von 10 M bis zu 500 M kann bestraft werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig^{1 2}

1. gegen die in dieser Anordnung ausgesprochenen Verbote und Festlegungen betreffend die
 - Mindestmaße einzelner Fischarten,
 - Mindestmaschenweiten für Fanggeräte,
 - Schonzeiten und Schonbezirke,
 - Anwendung bzw. Beschränkung der Anwendung bestimmter Fanggeräte und Fangmethoden,
 - Ordnung beim Fischfang,
 - Lizenzbestimmungen,
 - Ausübung des Angelsportes,
 - Herstellung und den Vertrieb verbotener Fanggeräte verstößt;
2. die gemäß dieser Anordnung erforderlichen Genehmigungen für
 - die Ausübung des Fischfanges und des Angelsportes,
 - die Umsetzung von Fischen,

- das Aufstellen und den Einsatz von Fischfanggeräten und Sperrvorrichtungen,
 - die Werbung von Wasserpflanzen,
 - den Einsatz von Lichtquellen
- nicht einholt oder nicht bei sich führt;

3. das in dieser Anordnung vorgeschriebene Fangtagebuch nicht führt oder bei Kontrollen durch Mitarbeiter des Fischereiaufsichtsamtes nicht vorweist;
4. die in dieser Anordnung festgelegten Meldepflichten betreffend
 - die Feststellung untermaßiger Fische,
 - den Ursprung zu schonender Fischarten,
 - das Fischsterben,
 - den Kauf und Verkauf sowie die Veränderung der maschinellen Ausrüstung von Fischereifahrzeugen,
 - die Höhe des Fanges entsprechend § 25 Abs. 4
 nicht erfüllt;
5. den auf der Grundlage dieser Anordnung erfolgenden Weisungen des Fischereiaufsichtsamtes oder seiner Mitarbeiter nicht nachkommt;
6. ohne Genehmigung mit fangfertigen Fischfang- oder Angelsportgeräten an oder auf den Fischereigewässern angetroffen wird;
7. bei der gewerbsmäßigen Ausübung des Fischfanges die von ihm gefangenen Fische den Aufkaufstellen nicht im vollen Umfang zum Kauf anbietet.

(2) Ist eine vorsätzliche Handlung gemäß Abs. 1 aus Vorteilsstreben oder ähnlichen, die gesellschaftlichen Interessen mißachtenden Beweggründen oder wiederholt innerhalb von 2 Jahren begangen und mit Ordnungsstrafe geahndet worden oder ist ein größerer Schaden verursacht worden oder hätte er verursacht werden können, kann eine Ordnungsstrafe bis zu 1 000 M ausgesprochen werden.

(3) Die Durchführung des Ordnungsstrafverfahrens gemäß den Absätzen 1 und 2 obliegt dem Leiter des Fischereiaufsichtsamtes.

(4) Bei geringfügigen Ordnungswidrigkeiten sind die hierzu ermächtigten Mitarbeiter des Fischereiaufsichtsamtes und die Angehörigen der Deutschen Volkspolizei befugt, eine Verwarnung mit Ordnungsgeld in Höhe von 1 M bis 20 M auszusprechen.

(5) Gegenstände, die zum unzulässigen Fischfang benutzt werden, können zusammen mit dem sich zum Zeitpunkt der Feststellung der Ordnungswidrigkeit an Bord befindlichen Fang oder selbständig eingezogen werden.

(6) Für die Durchführung des Ordnungsstrafverfahrens und den Ausspruch von Ordnungsstrafmaßnahmen gilt das Gesetz vom 12. Januar 1968 zur Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten - OWG - (GBl. I Nr. 3 S. 101).“

§ 7

(1) Diese Anordnung tritt am 1. August 1987 in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Anordnung Nr. 2 vom 3. Januar 1980 über den Fischfang in der Fischereizone, den Territorialgewässern und inneren Seegewässern der Deutschen Demokratischen Republik — Fischereiordnung — (GBl. I Nr. 4 S. 39) außer Kraft.

Berlin, den 26. Mai 1987

**Der Minister
für Bezirksgeleitete Industrie
und Lebensmittelindustrie
Dr. Wa n g e**